

# Volks-Zeitung

Dierundfünfzigster Jahrgang.

**Bezugspreise:**  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Ausstellung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mk., durch die Post 22,50 Mk.  
ausw. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
amtlich. Zeitungsverzeichnis unter  
6 oder 7. Zeilung eingetragen. Für  
unserer eingegangene Monu-  
strie wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Ausgabe. Volks-Zeitung ge-  
gründet. Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133  
u. 1141, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

**Anzeigenpreise:**  
Die 8 gefaltene 34 mm breite Milli-  
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,  
Sammlenanzeigen 40 Pf., Reklamen  
die 92 mm breite Milli. meterzeile  
2,50 Mark. Inserate in den Sonntags-  
ausgaben 50 Pf. für die erste Zeile,  
50 Pf. für die zweite Zeile, 40 Pf. für  
jede folgende Zeile. Erfüllungsort:  
Halle. Erhöht täglich 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Schriftleitung und Anzeigen-  
Abteilung: Halle, Neue Promen-  
ade 18, Dr. Grabaustr. 17.  
Haben: Geschäftsstellen: Große  
Mühlstr. 52 und Markt 24.  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 546.

Halle, Montag, den 22. November 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Frankreich und der Völkerbund.

Unbeonnenheiten gegen Ententemitglieder in Cuxhaven — Neue Verdoppelung der Fernspreckgebühren?  
Ehrung unserer Kriegstoten in Paris — Ein politischer Mord in Oberschlesien.

### Das Spiel mit dem Feuer.

Dah die Sozialdemokratische Partei die Interpellation über die Vollsozialisierung des Kohlenbergbaues durch den Bergarbeiter Löffler und nicht durch einen ihrer Führer begründet ließ, war ein taktischer Schachzug. Es sollte nach außen der Eindruck erweckt werden, als ob das Verlangen nach der Vollsozialisierung tatsächlich von der Masse der Bergarbeiter getragen werde. Was die Begründung der Interpellation nicht gebracht hat, das ist die schließliche und klare Durchführung der Verhältnisse nach der Vollsozialisierung. Redensarten über die Profite des Kapitalismus bilken dafür um so weniger Erfolg, als unsere Wirtschaft Profite als Anreize zu neuer Kapitalisierungsbedingung braucht, wenn sie nicht zugrunde gehen soll. Was hat es nun mit der deutschen Kohlegemeinschaft für eine Bewandnis, jene Gemeinschaft, die nach der Ansicht der Sozialisten die Trägerin der Vollsozialisierung sein soll. Sie ist ein Selbstverwaltungsorgan, dessen ausführende Organe hauptsächlich von den Bergleuten und Angehörigen gewählt wird. Wie die Dinge liegen, werden zu Leitern und Beamten der Kohlegemeinschaft dann nicht Fachleute, sondern sozialistische Parteiführer und Redner gestellt werden. Wir haben das in Groß-Berlin gesehen, wir haben diese Erfahrung auch schon früher bei den sozialen Versicherungsanstalten gemacht. Ist aber die Kohlegemeinschaft in die Hände der Sozialisten geraten, so hat sie damit auch tatsächlich die Herrschaft über die deutsche Wirtschaft und die deutsche Politik erlangt. Sie kann in jeder anderen Betriebsgruppe den Bezug der Kohlen sperren, wenn ihnen das aus politischen Gründen wünschenswert erscheint. Die Grenzen ihrer Macht und ihres Einflusses sind damit noch nicht erschöpft. Ohne die gleichzeitige Vollsozialisierung der Banken ist eine Vollsozialisierung des Kohlenbergbaues deshalb nicht möglich, weil sich sonst das Betriebskapital nicht beschaffen läßt. Das Bankkapital würde das Betriebskapital ohne Sicherstellung kaum hergeben, wozu wieder die Pfandverpfändung des Kohlenbergbaues und seiner Erträge notwendig wäre. Auch die sozialistischen Banken würden sehr wohlwollend unter der Leitung der sozialistischen Parteien kommen, die dann nicht nur über die Kohle, sondern auch über die Kreditmittel der Wirtschaft verfügen.

Die Unabhängigen sagen denn auch offen, daß es sich bei der Vollsozialisierung nicht um die Lösung sozialer Probleme, sondern um einen Kampf um die Macht handelt. Es ist möglich, daß Teile der Bergarbeiter glauben, die Vollsozialisierung ist wirtschaftlich und technisch ein Fortschritt. Allein wir müssen mit dem rechnen, was ist, nicht mit dem, was sich als dunkles und unklares Gefühl in den Massen regt. Die Masse, die sich von Schlagworten einhangen läßt, berücksichtigt nicht, daß sich in der Wirtschaft weniger für Vollsozialisierung und Monopolisierung eignet, als die Kohlenwirtschaft. Hier ist alles noch Entwicklung. Neue technische Erfindungen können morgen die Umgestaltung der gesamten Organisation fördern. Bei der Schwerefülligkeit eines sozialistisch bürokratischen Betriebes würde das nicht möglich sein, weil immer erst von Parteigenossen geprüft würde, ob Bedenken bestehen oder nicht. Was bei der Begründung der Interpellation durch den sozialistischen Bergarbeiterführer vermisst worden ist, daß kein Wort über den Kohlenpreis nach der Vollsozialisierung gesagt wurde. Und darauf kommt es wesentlich an. Wie die Kohlenwirtschaft stark und was mutige Unternehmer braucht, um neues zu erproben, so braucht sie auch die Möglichkeit, die Preisermittlung der Kohle zu gestalten, daß sie keine unerwünschte Kraft für den Bergarbeiter ist. Die Vollsozialisierung wird sie dazu machen, weil die Bergarbeiter die Entschädigung und für das Betriebskapital den Kohlenpreis bevorzugen hochhalten. Endlich aber ist die Vollsozialisierung des Kohlenbergbaues der Anfang, die Voraussetzung der Wirtschaft ist zu legen. Da kein Wettbewerb der Kräfte mehr möglich ist, braucht niemand mehr seine Energien einzufügen. Das öffentliche Klammern und Anzeigenwesen stirbt ab, denn alle sind künftig von partiipolitisch zusammengesetzten Organisationen geleitet. Und damit wird auch das politische Parteienwesen noch mehr entarten. So ist die Vollsozialisierung, wie sie die sozialistischen Parteien planen, nicht nur ein Sprung ins Dunkle, sondern auch ein Spiel mit dem Feuer.

Wir sind von jeder für eine möglichst weitgehende Erweiterung der Rechte der Arbeiter und für eine soziale Ausgestaltung der Wirtschaft eingetreten, die allen daran Beteiligten eine größere Arbeitszufriedenheit und ein größeres Interesse an den Betrieben, in denen sie mitwirken, gibt. Aber wir wollen nun die Aufsicht des Bürgers bis zur vollen Selbständigkeit gelindert wissen. Darum werden wir den Verzicht der Sozialisten, die Sozialisierungsfrage lediglich als Sprungbrett zur Ergründung der politischen Macht zu benutzen, beäugen, weil wir sonst in das Chaos hineinkommen müssen, wie es in Rußland vor sich geht.

### Demokratie und Beamtenbefolgung.

Der Vertreter der Deutschen demokratischen Partei in dem Ausschuss des Reichstages, der die Vollsozialisierung zu überprüfen hatte, war der Abg. Dellius. In einer ausführlich stark beleuchteten demokratischen Verlesung in Aachen wurde die Richtlinie des Ausschusses und die Vorschläge des Reichstages, der so schwer angelegte Bestallungsausschuss hat, wie letzten ein Ausschuss höchste und sachgemäße Arbeit geleistet. Ich habe das als Vorsitzender mich stets auf dem Standpunkt gestellt, daß sich eine Ueberstärkung bitter rächen würde. Dabei ist alles getan, um die Arbeiten zu beschleunigen, bei rund 500 verschiedenen Beamtengruppen war das gemißfällig. Wenn auch am Schluß nicht alle Wünsche berücksichtigt sein werden, so wird doch der objektive Beobachter anerkennen müssen, daß es am Willen des Ausschusses, möglichst gerechte Verhältnisse zu schaffen, nicht gefehlt hat. Aber schließlich muß die Volkswirtschaft sich im Rahmen des Möglichen halten und die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse berücksichtigen. Das sollten auch manche Beamte nicht vergessen. Hier müßte noch ein Ersatzprogramm entwickelt werden. Mit radikalen Vorschlägen oder gar unverantwortlichen gefährlichen Experimenten sollte man der Beamtenschaft den schiefsten Dienst. Der Beamte sei auf Gehalt und Verdienst mit dem Staat verbunden und deshalb liege es in seinem Eigeninteresse, den Staat nicht zu erschüttern, sondern zu stärken. Nur so sei es möglich, ihm die Existenz, die ohnehin infolge der traurigen Lage unseres Vaterlandes sehr gefährdet sei, noch einigermaßen zu sichern. Deshalb mehr produktive Arbeit auch bei den Beamten und entschlossene Aufraffung zur Vermeidung und Verbilligung der Verarmung! Die Lage sei sehr ernst. Danach müßte auch die Beamtenchaft ihr fünfzig Verbot einrichten. Staat und Reich würden sich aber auch der Verpflichtungen gegenüber den Beamten, ohne deren hingekettete Tätigkeit der Wiederheraufbau des Vaterlandes unmöglich sei, nicht erweisen und sich jetzt in irgend einer Form der dringenden Notwendigkeit der Beamten zu fernen. Die Ausschüsse, die sich nun über Schlußfolgerungen fertigen, aber mit der Forderung eines Welterstrebens unseres Volkes schließen, fanden stürmischen Beifall.

### Neue Verdoppelung der Fernspreckgebühren?

Die neuen Fernspreckgebühren reichen trotz der überaus empfindlichen Erhöhung, welche sie erfahren haben, noch immer nicht zur Deckung der eigenen Kosten der Reichspostverwaltung aus. Der Reichspostminister, der sich sehr sehr bald vor die Frage gestellt wird, ob er die erforderlichen Zuschüsse aus Steuermitteln oder aus Gebühren erheben will, ist sehr unglücklich. In letzterem Falle müßten die Gebühren um volle 100 Prozent erhöht werden. Die Vorarbeiten für einen entsprechenden Entwurf sind bereits begonnen. Wie der Verkehr eine solche ungeheuerliche Mehrbelastung tragen soll, ist unersichtlich.

### Schiffer gegen Schwäche und Jaghaftigkeit der Reichsregierung.

Reichsminister a. D. Schiffer spricht sich in der „Neuen Hamburger Zeitung“ energisch gegen die Jaghaftigkeit und Zauderhaftigkeit der Reichsregierung aus. Auf das Schließungsgesetz könne man nicht bis Januar-Februar oder noch länger warten. Gerade für diesen Winter liege der Schutz vor der Witterung dringend notwendig, wie sie sich in der Lahmslegung lebenswichtiger Betriebe zum Schaden der Allgemeinheit offenbart. Der zu gewöhnliche Schutz müsse aber auch ein wirklich durchgreifender Schutz sein, der, wo gütliche Einigung nicht zum Ziele führt, die Macht des Staates stattdoll einsetzt. Schiffer fährt dann fort: „Bei den bevorstehenden Besprechungen mit den Ententemitgliedern wird alles darauf ankommen, in welcher Saison wir auftreten. Dieser Gedanke muß bei unseren sämtlichen Maßnahmen berücksichtigt werden. Sie bekommen alsdann vielleicht ein anderes Gesicht. Glaubt man, daß der Abbau unseres übermäßig großen Beamtenheeres wirklich nur eine Frage der inneren Politik ist, die man in Beschaulichkeit und Bescheidenheit prüfen, erörtern und verhandeln darf? Man dürfe sich täuschen. Wenn über uns die Jaghaftigkeit zur Trägheit von Widergutmachungsstellen gesprochen werden wird, werden die Sachverständigen der Entente wohl nicht verstehen, darauf hinzuwirken, das nach den eigenen Angaben der Reichsregierung das Reich für seine Beamten und Arbeiter alles in allem etwa 18 Milliarden Mark jährlich umwendet, zu welcher Summe alsdann noch die Beiträge hinzutreten, die auf die Beamten der Länder, der Gemeinden, der Kirchen und anderer öffentlich zu verbundene entfallen. Also auch hier darf es nicht im bisherigen Schneckengang weitergehen, wenn wir nicht in die Lage kommen wollen, daß uns die Entente das Marktschloß vorsetzt. Ihre Einmischung zu vermeiden, haben wir sicherlich allen Anlaß, nicht bloß um unserer nationalen Würde willen, sondern auch gerade deshalb, weil jede solche Einmischung wiederum das mühsam im Innern errungene Gleichgewicht gefährden würde. Nur

auf diese Weise können wir, was es uns liegt, dazu tun, um im Auslande den Einfluß weniger zu stärken, die aus Liebe zur Gerechtigkeit oder aus Verständnis für die richtig erkannten eigenen Interessen den Fortbestand und die Lebensfähigkeit Deutschlands wünschen. Und einer solchen Stützung bedürfen sie gar sehr gegenüber den — anderen. Denn diese anderen sind noch immer mächtig genug. . .“

### Frankreich und der Völkerbund.

In Pariser Regierungskreisen hält man es offenbar für angebracht, hinsichtlich der Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde eine klare und unmissverständliche Stellungnahme zu ergreifen lassen. In einem Artikel, der sich ausdrücklich auf die Meinung der französischen Regierung bezieht, heißt es: „Temp“ zunächst es für notwendig, daß man die Streitigkeiten beseitige, die für den Frieden Europas gefährlich werden könnten. Die Zulassung neuer Staaten zum Völkerbunde müsse nach der französischen Auffassung drei Voraussetzungen durchlaufen: 1. Einreichung eines offiziellen Gesuchs durch den Aufnahme wünschenden Staat. 2. Prüfung dieses Gesuchs durch eine Kommission. 3. Bericht an die Vollversammlung, die über die Aufnahme mit einer Zweidrittelmehrheit zu entscheiden hat.

Der „Temp“ ist dann in Abrede, daß die französische Delegation auf den Kongreß einen Druck ausüben wolle, unter Hinweis auf den Artikel I des Völkerbundesvertrages stellt der „Temp“ fest, daß, falls die Frage gestellt werden sollte, der Kongreß prüfen müßte, inwieweit Deutschland eine internationale Verpflichtung nicht erfüllt habe. Es müßten also die deutsche Entschädigungsfrage oder die Frage der hayerischen Organisation Eherlich zur Sprache kommen, und es sei fraglich, ob dies zum Vorteil sowohl der deutschen Regierung wie auch des Völkerbundes gereichen würde. Im übrigen wiederholt der „Temp“ nochmals die bekannte französische Auffassung, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nicht erfolgen dürfe, bevor die Vereinigten Staaten nicht ihrerseits gegenüber dem Völkerbunde Stellung genommen haben; andernfalls würde der Bund den Charakter einer europäischen Liga bekommen, die sich in aller Eile verabschieden. Sowohl Deutschland wie auch die Entente müßten diesen Eindruck vermeiden.

Der Schluß des Artikels gibt dann der allerdings nicht unterdrückten Meinung Ausdruck, daß Frankreich als Reaktionäre nicht als erste erscheinen könnte. Es sei daher besser, wenn Frankreich aus Mangel an einer inneren soliden Solidarität gezwungen sei, immer voranzugehen, wenn es sich darum handle, die Durchführung des Vertrages zu sichern. Der „Temp“ betont dann noch, wie „friedliebend und großmütig“ die französische Demokratie sei, aber es ist kaum anzunehmen, daß diese schönen Worte genügen werden, um den Eindruck zu vermeiden, den die Haltung der französischen Delegation auf dem Kongreß bei einem großen Teile der Bevölkerung hervorruft.

### Unbeonnenheiten in Cuxhaven.

Hamburg, 22. Nov. In Cuxhaven kam es, wie bei „Frankf. Zig.“ meldet, zu einem Zwischenfall zwischen Mannschaften der dortigen Garnison und Mitgliedern der Entente-Kommission. Bei einer Feststellung der Waffenbestände in den Kasernen bestand die Kommission darauf, auch in den einzelnen Mannschaftsstuben nach Handwaffen zu suchen. Daraus gereizt, ließen sich Mannschaften zu Beschlagnahme der Kommissionsmitglieder und zu Beschlagnahme ihres Kraftfahrzeuges hinrichten. Die die Fremden besitzenden deutschen Ueberwachungs-Offiziere konnten nicht alle diese Zwischenfälle verhindern. Ohne Zweifel wird der Zwischenfall, von der Entente-Kommission gebührend aufgepaßt, weitere Folgen nach sich ziehen.

### Religion als Lehrfach.

In dem Streit zwischen der Reichsregierung und dem Preussischen Staat über die Frage der Erteilung von Religionsunterricht in den Volksschulen stellt das Reichsgericht fest, daß die landesgesetzlichen Bestimmungen in Sachsen, Hamburg und Bremen über die gänzliche Abschaffung des Religionsunterrichts mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung ihre Wirksamkeit verloren haben, und daß nunmehr in diesen Ländern der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Schulen gemäß Artikel 149 der Reichsverfassung eingeführt oder aufrecht erhalten werden muß.

### Ehrung unserer Kriegstoten.

Am Sonntagabend feierte der deutsche Volkstrotz in Paris, Dr. Mayer, am Denkmal für die aus dem Friedhof Bagneux in der Pariser Vorstadt Montrouge beerdigten deutschen Soldaten einen Kranz nieder. Dr. Mayer hielt dabei eine Ansprache, in der er u. a. feierte: Ueber eine Million deutsche Soldaten liegen auf französischem Boden begraben. Zur Ehrung des Abendens an alle

Reichsminister Ende  
und Staatsminister hat darüber berichtet, die Reichsminister

den Frauen, die an der Front, in Hospitälern oder in Gefangenschaft ihr Leben für ihr Vaterland dahingeben und nun in französischer Erde ihr Heiligtum gefunden haben. lege ich namens der Reichsregierung und der deutschen Heimat dies Kranz nieder.

Für die deutschen Mütter und Frauen legte Frau Volksgenossin Dr. Wenzel einen Kranz nieder, für die deutsche Friedensdelegation Geheime Rat W. Mittels.

### Ein politischer Mord in Oberschlesien.

Wenschen, 22. Nov. Der Führer der Bewegung 'Oberschlesien den Oberschlesien', Theophil Kupka, ist am Sonnabend in seiner Wohnung erschossen worden. Er lag gerade bei der Annahme der, das es sich hier um einen polnischen Mord vorbereiteten politischen Mord handelt.

### Litauen und Polen.

Wie mit Rom zu erfahren, ist die polnische Offense in Litauen schnell, als man dachte zusammengehört. General Zeligowski ergriff nur mit Hilfe der Gesamtgemeinde. Der Besetzungsbefehl von Grodno wurde nicht verwirklicht. Ein Panzerzug, der in der Gegend von Kiepsko zum Gegenangriff ansetzte, entkam mit schwerer Beschädigung.

### Die neue Richtung in Griechenland.

Nach einer Meldung aus Athen hat das griechische Kabinett die Volksabstimmung über die Frage der Rückkehr König Konstantin auf den 28. November festgesetzt. König Konstantin hat an die Regierung telegraphiert, daß er das Ergebnis der Volksabstimmung abwarten wird, bevor er zurückkehrt. Sowohl die die neue griechische Regierung sämtliche Gerichte des Königreiches beauftragt, im Namen des Königs Konstantin Recht zu sprechen. Die neue Regierung ist auch der Ansicht, daß alle Entscheidungen der letzten Kammer ungültig sind. Deshalb sollte die neuwahle Kammer nochmals den Friedensvertrag von Sevres ratifizieren. Lediglich sind mit Venizelos auch alle früheren Minister abgerufen. Die Athener Gelände wurden nach der Abreise geöffnet und die politischen Gefangenen in Freiheit gesetzt. Gestern vornehmlich hat die Mitglieder des diplomatischen Stabs dem Ministerpräsidenten Gaitis einen amüßigen Besuch ab.

### Annahme von Kriegsanleihe für das Reichsnotepapier

Von der Reichsregierung ist die vorgeschlagene Staatsanleihe mit folgenden Bedingungen in den Reichstag gebracht worden, daß am 31. Dezember 1920 die Frist abläuft, innerhalb deren die Leihzinsgewinnung und die als Leihzinsgewinnung geltende Kriegsanleihe auf das Reichsnotepapier zum Nennwert angenommen wird. Eine Verlängerung dieser Frist ist ausgeschlossen und liegt insbesondere, worauf vor allem hingewiesen sei, nicht in der Macht der Reichsregierung. Nach Ablauf dieses Jahres ist vielmehr die Annahme zum Nennwert nicht mehr möglich. Der also den genannten Zeitpunkt verstreift, besteht sich mit einer im beschriebenen Rechtszustand. Die Lage ergeben sich nach im letzten Augenblick bei der Ausgabe von Reichsnotepapier, die der Staatsschatz nicht vorzuziehen hat, und die alsdann durch Wechselanfragen mit dem Finanzamt oder mit anderen Stellen begeben werden müssen und dadurch ebenfalls 3:1 in Anspruch nehmen. Man warnte daher nicht bis in die letzten Wochen, sondern gebe die Kriegsanleihe bereits jetzt bei den ausländischen Annehmlichkeiten (Wertinstanz, Girokonten und gewisse Sparformen) ab. Die erwähnten Annehmlichkeiten und die Finanzämter erteilen bereitwillig jede weitere Auskunft.

### Deutsches Reich.

Der Weinprozeß. Vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin begann Freitag die Verhandlung in dem neuen Prozeß gegen den ehemaligen Leiter des Silberelitenbundes Friedrich H. in der wegen Urkundenfälschung und Fälschung des letzten Oberbürgermeisters Seidemann angeklagt ist. Er wird beschuldigt, ein Schriftstück im Inbegriff gefälscht zu haben; Berlin, 6. Dezember 1918. Die Unterzeichneten verpflichten sich hiermit, für die Verabreichung und Umschließung von Dr. Karl Weinhold, Reichs-Rat und Dr. Paul Kestel eine Bescheinigung von 100.000 Mark auszugeben. Wichtige Schriftstücke sind ungeschädigt. Georg Elias. Dieses Schriftstück stellt nach früheren gerichtlichen Urteilen Scheidemann eine große Forderung dar, bei der sich der Fälscher nicht einmal Mühe geben habe, seine Urunterstützung dem Inhalt herauszufinden. In der Verhandlung sind etwa 30 Zeugen erschienen, unter anderen Expedient Seidemann, Dr. Paul Kestel (Brandfurt a. M.), Gehilf und Georg Elias, Ernst und Ver-

Unterhaltungsbefehle der Saale-Zeitung. Dienstag, den 23. November. Inhalt: Der Akt von Friedrich von Kurt Martens. — Der Brief nach den Dienstmädchen. Von Gustav Hofmeister. — Das dritte Meer. Von Alexander Roskowsky. — Bunte Zeitung. — Literatur.

### Wedekind's Erwedung in Halle.

Dreißig Jahre nach dem Entstehen der Kindertragödie 'Friedrichs Erwedung' von Franz Wedekind wurde sie in Halle im Stadttheater am 20. November 1920 gespielt. Und zwar so gründlich, daß die Aufführung 3 Stunden und 35 Minuten dauerte, von 1/2 Uhr bis 5 Minuten nach 11 Uhr. Das mystische Verhältnis zwischen dem halbfähigen Publikum und der Dichtung Wedekinds — man hat es bis jetzt noch nicht gewagt, jauch zu sagen, Wedekind aufzuklären — wurde durch die Darstellung nur wenig erleichtert. Es 'Friedrichs Erwedung' freudlich, herzlich, begeistert, bewegt, gleichgültig oder mit einer Mischung aufgenommen worden ist, vor welchem das zu sagen. Anfanglich, bis gegen 10 Uhr, sah man zu und warnte, und dann ärgerte man sich über die Danksamkeit, mit der man und von der Bühne aus zu schäme in lustige, von 1/2 Uhr an verlegte die Wütenden enttäuscht das Haus, und 5 Minuten nach 11 Uhr stürzten die anderen, die Gemeindeglieder, ermutigt in das Barbere, ohne sich groß um ihre Beteiligung an der Form der Maßnahme zu kümmern.

5 Stunden und 35 Minuten! So gründlich war man im Stadttheater. Also ungeachtet das ganze Stück? Aber nein! Man hatte einige sehr wertvolle Szenen getrieben — ich erinnere mich an drei: die Szene mit Hansens Frau und dem Bild, das ihn leben macht, die Szene im Prokurator der Korruptionsanstalt und die allgemeine, gemeinsame unterdrückte Fühlungs-Szene. Dafür hat man aus der letzten Szene einen Akt von erschreckender Gräulichkeit gemacht. Dieser Akt war schuld an allem. Der Akt war schuld daran, daß Wedekind vorläufig fremd bleiben nicht in Halle. Wenn man ihm aus Willigkeitsgründen nicht alles auf die Schultern laden will, so ist mit den langen Pausen verbunden, mit diesen niedrigen

mann Sonnenfeld, Otto v. Tschala, Kreisamtskommissar Scherbi, Graf Gerda Wassmann, die Schwester des durch Selbstmord geendeten Hülse Pleumer...

Finanzierung der ländlichen Siedlungen. Im weiteren Verlaufe der Reichsleistungsfähigkeit nach 13. März Ministerdirektor Trebitsch und dem preussischen Landwirtschaftsministerium über die Finanzierung der ländlichen Siedlungen in Preußen; nordische Länder wollen sich dem preussischen Vorbilde gewähren billigen und günstigen Dauerertrags aus Staatsmitteln durch staatliche Rentenbanken — anschließen.

Schmerzhaften in der Rückführung der Kriegesgefangenen. Nach einem Telegramm Reichs an Paris erklären die Bolschewiken, daß sie infolge der unglücklichen Lage auf dem Schwanen Meer die Rückführung der Kriegesgefangenen von Noworossisk nicht mehr fortsetzen können.

### Auslands-Rundschau.

Rudo Hartmann für den Ansehungsgehalt. Der bisherige österreichische Gesandte in Berlin, Professor Rudo Hartmann, hat auf dem Abschiedsessen, der Vertreter aller politischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten zu einer würdigen Kundgebung für den Ansehungsgehalt bewirkt, den Wunsch ausgesprochen, daß die Partei sich zu einer gemeinsamen Delegation zusammenschließen möchten, um bauernd für die Bewirtung des Ansehungsgehalts zu werden.

Die Krise in Frankreich. Man spricht bereits von einem Nachfolger für den Ministerpräsidenten Legeres, und zwar von Poincaré. Dieser Name in diesem Augenblick ist ein Zeichen der Zeit. Doch dürfte eine eventuelle Krise vor Ablauf der neuen Anleihe und vor dem Kammerabschluß betreffend den Wiederaufbau der diplomatischen Beziehungen zum Vorkommen nicht werden. Das völlige Fehlen der imperialistischen Expansionspolitik im Orient Brangels und Venizelos haben, wie bereits gemeldet, die Angelegenheit gelehrt. Es verlan et, daß der Hauptpunkt der Kammerbeschlüsse für den Ansehungsgehaltplan verbleiben Kredit von 1 1/2 Milliarden für die französische Expedition zu bleiben. Der Feind des Generals Durand sieht damit im Zusammenhang.

Nach englisch-russischer Handelsverträge. Der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen England und Rußland, der in Paris als Tatsache angesehen wurde, wird heute demontiert. Es wird betont, daß der russische Handelskommissar Krassin der britischen Regierung kein Versprechen betreffend der Anerkennung der Schulden des zaristischen Regimes durch die Sowjetregierung gemacht habe. Anscheinlich hat aber die englische Regierung eine Note des russischen Vizekonsuls in London erhalten, woraus hervorgeht, daß sämtliche englischen Gelanagen in Rußland auf freien Fuß gesetzt worden sind.

Vom Aufbau des palästinensischen Staates. Zwischen England und Frankreich während der Zeit lebhaften Verhandlungen über die Grenzen Palästinas. Im Santo-Vico-Vertrag von 1915 hatten sich die Länder über die Abgrenzung ihrer unter dem Namen 'Syrien' in Anspruch genommen, daß ein Teil der palästinensischen Gebiete unter dem Namen 'Syrien' untersteht. Durch diese Regelung würde Palästina vom oberen Jordan, sowie von den Flüssen Litani und Yarmuk abgetrennt, von den zu fünfzig Bewässerungs- und Elektrizitätssystemen des Landes ausgehen soll. Nachdem nunmehr Palästina zur nationalen Selbstbestimmung des jüdischen Volkes unter dem Protektorat des Völkerbundes und dem Mandat Englands erklärt worden ist, ist England bemüht, eine Nordwärtsverlegung der palästinensischen Grenze anzustreben, um Palästina den Zugang zu den genannten Flüssen zu erhalten.

### Kunst und Wissenschaft.

#### Die Deutschen Chirurgen an die Internationale Gesellschaft für Chirurgie

Die Internationale Gesellschaft für Chirurgie hat in ihrer Sitzung vom 22. Juli 1920 in Paris folgenden Beschluß gefaßt: 'Die Internationale Gesellschaft für Chirurgie, die ihren Zweck in der Anwendung der Wissenschaft der reinen Wissenschaft begründet, befaßt es, daß gelehrte und gebildete Männer ihren Gewissen haben Zugang an-

tigen Parteien, um derentswollen einem schon in der Vera Richards das Theater verbleibt wurde und demgegenüber auch heute die Maggegebildeten des Theaters historische Werke sind.

Dabei hat Eugen Teuchter, der Regisseur, in den ersten 14 Bildern Verständnis gezeigt für den Geist Wedekinds. Der Dichter ist gesehen mit einem unendlichen Schamgefühl vor dem Verlogenem, vor den verurteilten Schicksalstrafen des Lebens. Er schwieg, und wenn er stürzte, dann ist seine Gedächtnis des Geistes eine Tragödie. Aus Verzweiflung über die Unbegreifbarkeit der tiefsten Intuition schloß er zuweilen mit sich und nicht unverschämte Wahrheiten hinaus. Teuchter blies sich vor den Sentimentalitäten des Tragicom; er machte aus der Wahrheit keine Apokalypse. Die letzte Szene aber, die es Schicksal des Trio-Wenigsten, entstanden aus Nachdenklichkeit, ist eine Satire, in der es zu den auf, Schlag auf Schlag. Und hier waretz man in einem behaglichen, wehmütigen, sentimentalischen Wahnsinn, das unbedeutend ist wie Otto Ernst.

Stolz-herbe Bilder, durch wenige Flächen entstanden, zu werten ergreifen schon. Maßstab und Moral — Fritz Henkel und Helmut Hohlebecker — Jungen mit der ganzen Lust der werdenden Männer, mit allen Puffen der gährenden Jugend, der eine erzählt von den starken Trieben der Selbsterhaltung und der Lebensfreude, der andere verhärtet durch die Enge und die Gedrücktheit des Geistes und der Seele. Wenda, die verzweiflungsreich Verfolger, ein munteres Ding ohne Kompensation, gerät im Verzweifeln und im Hüten. Sowjetz Bonas in der Tat zum Witzigen geworden. Seine Szenen sind die Mutter, immer mit gutem Willen, bis zum Rand gefüllt mit den unerschöpflichen Konventionen der Zeit; gut gelehrt. Daß die Symphonien anzufangen alle in die Reihe: massierte Studien, das ist auf jeder Bühne das selbe über in der Professorenszene hätte man die Satire nicht noch größer machen sollen.

Witzvoll war es voller als sonst bei Schauspielpremiere. Hoffentlich zeigt man Energie. Wenn die Aufführung nicht gelungen ist, so liegt noch lange kein Grund vor, sich nur

tun können, namentlich, indem sie den Aufruf vom 4. Okt. 1914, voll von läughaften und irrtümlichen Behauptungen, unterzeichnet haben. Sie beklagt es, daß der Verband diese Männer nicht von einer so beschuldigten Gemeinheit abgehaut, das das Personal nicht die mindestens zweifelhafte Bestimmung hat als die Unrichtigkeit dieser Anschuldigungen evident gemacht und bewiesen war. Dieser belagerte Verzicht auf die wissenschaftlichen Diskussionen und Kontrollmethoden hat die Internationalen Gesellschaft für Chirurgie bestraft, aus ihrem Mitgliedsverzeichnisse die Namen aller Mitglieder zu streichen, die den Zentral-Komitee angehören oder sich mit ihnen solidarisiert haben.

Die Deutsche Gesellschaft für Chirurgie vertritt auf jede Verlegung gegenüber der Internationalen Gesellschaft für Chirurgie, dagegen erklärt sie: 1. Der Aufruf der 34, der als einziger Grund für den Ausschluß gegeben wird, ist zufällig von keinem der deutschen Chirurgen unterzeichnet.

2. Der Aufruf ist entstanden in politisch erregter Zeit, als fast die ganze Welt gegen Deutschland stand, und nicht nur mit den Waffen, sondern auch mit den geschäftlichen Verbindungen und falschen Anschuldigungen gegen uns kämpfte. Ebenso wie wir vier Jahre hindurch uns mit den Waffen gewehrt haben, war es unser Recht, den gegnerischen Verleumdungen in der Presse entgegenzutreten und den deutschen Standpunkt zu betonen. Dies war der Sinn jenes Aufrufes von 1914. Wir haben die Verantwortung zu dieser Antwort auch jetzt noch ausdrücklich aufrecht. Dagegen ausländischen Chirurgen, die uns diese Verleumdung beistimmen, können wir nur anerkennen, ihre Beteiligung an den Arbeiten der deutschen Gesellschaft für Chirurgie aufzugeben.

Im Auftrage des Ausschusses der deutschen Gesellschaft für Chirurgie. Hier, Vorstandsamt für das Jahr 1920.

Widerrechtliche Ausfuhr von Kunsterken. Trotz des gesetzlichen Ausfuhrverbotes für wichtige Kunstwerke und der Gefahr des Verlustes ist ein davon ein zentraler ostlicher Wandteppich aus München in Privatbesitz um 125.000 Schweizer Frank ins Ausland ausgeführt worden, ebenso von Berlin Rembrandts 'Arenaschön' aus der Sammlung Gans (Frankfurt a. M.) um 500.000 holländische Gulden (10 Millionen Mark). In beiden Fällen erfolgte die Ausfuhr mit Genehmigung der Berliner Reichsstelle.

Rabindranath Tagore, der Grund Deutschlands Rabindranath Tagore, der jetzt in Holland weilt, hat einem deutschen Besucher in Amersfoort gegenüber erklärt, er glaube daß Deutschland, wenn es gleich jetzt am Bod n liegt, doch mehr wegen von dem Ausgang des Krieges haben werde, als es triumphierten wegen. Er habe eine Reihe von religiösen Betrachtungen zusammengefaßt, die Vorzeichen sind. Diese wolle er als einen besonderen Gruß an Deutschland als Liebesgabe für einen guten Zweck bitten. Auch habe er, damit auch Indien Deutschland kennen lerne, den Plan einer deutschen Bibliothek in Sgan Nikitar gestiftet.

### Schulnachrichten.

Die Ernennung des a. o. Professors für Kinderheilkunde an der Universität Hamburg Dr. med. Georg Sellau zu ordentlichen Professor dabei ist beachtenswert. — In Erlangen ist der a. o. Professor und Direktor des botanischen Gartens und Instituts nicht pharmatogonischer Sammlung an der dortigen Universität Dr. Hans Söller im Alter von 60 Jahren gestorben. In seiner Schule Schmitt Klüver gehalten hat, erwarb seinen Namen. Diese wolle er als einen besonderen Gruß an Deutschland als Liebesgabe für einen guten Zweck bitten. Auch habe er, damit auch Indien Deutschland kennen lerne, den Plan einer deutschen Bibliothek in Sgan Nikitar gestiftet.

### Totenfeier.

Halle, 21. November. In der Ulrichstraße fand ein Totenfest zum Gedächtnis der Gefallenen statt. Die hier zu lange Reihe der Darbietungen wurde durch ein kurzes Orgelkonzert von Frau; erdnen, dem als erstes Chorgesang Wagners 'Der Ring des Nibelungen' in seinem Werke 'Das Graue' folgte. Der Gesangsverein 'Ulrichschor' erbrachte sich recht gute Material, und man gewann von seinen Leistungen den Eindruck, daß Kantor Paul Burghard sehr tüchtig an dessen Verbessermung gearbeitet hat. Der Chor sang nicht nur musikalisch über und unter sorgfältiger Beobachtung dynamischer Gegensätze, sondern war offenbar auch mit dem Herzen bei der Sache. Es ist ein gutes Zeichen für einen Dirigenten, wenn er sich nicht mit fortgesetzter Wiedergabe der Noten begnügt, sondern es versteht, seine Sänger so zu begreifen, daß sie innerlich miterleben, was sie singen und somit auch unmittelbar die Fühlung zum Hörer gewinnen. In dem Prosegramm aus Bruders Dratorium 'Gustav Adolf' wurde der glückliche Eindruck bekräftigt, und Bangers im guten Sinne populäre gesungen, mit einem Feiern-Drummen gelang, abgesehen von einer Schwankung im Mittel, ab. ebenfalls gut. Gertraud Müller, eine Schicht vor zwei höhere Berlin der Militärkapelle, die 'Rindersteden' von Wagner und drei von den 'Frieden des Engen' von Brahms. Beider hatte man ihr damit in beiden Fällen Mühen geteilt, die ihrem Rang sehr fern lagen. Denn ihre Chorsänger liegen etwa in der Lunte vom zweigefährlichen C bis G, hier aber war sie gesungen, sich behändig in den tiefen und höchsten Tönen zu bewegen, und da waren ihre Töne matt und stumpf. Auch musikalisch fand sie noch nicht über genug über der Sache. Durch den Umstand, daß sie zu spät 'amudiert', erklären sich manche Mängel. Dazu kam, daß die Orgelbegleitung wenig geeignet war, Stille und Anregung zu gewähren. Sie war auffallend